



Rat der
Europäischen Union

077982/EU XXV.GP
Eingelangt am 28/09/15

Brüssel, den 2. Juli 2015
(OR. en)

9933/15
ADD 1

PV/CONS 32
ENV 412

ENTWURF EINES PROTOKOLLS

Betr.: **3395.** Tagung des Rates der Europäischen Union (**UMWELT**) vom 15. Juni
2015 in Luxemburg

TAGESORDNUNGSPUNKTE MIT ÖFFENTLICHKEIT DER BERATUNGEN¹

Seite

BERATUNGEN ÜBER GESETZGEBUNGSAKTE

A-PUNKTE (Dok. 9603/15 PTS A 46)

1. Entwurf eines Standpunkts des Rates in erster Lesung im Hinblick auf den Erlass einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 515/97 des Rates über die gegenseitige Amtshilfe zwischen Verwaltungsbehörden der Mitgliedstaaten und die Zusammenarbeit dieser Behörden mit der Kommission im Hinblick auf die ordnungsgemäße Anwendung der Zoll- und der Agrarregelung [erste Lesung] (GA) 3
2. Entwurf einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die im Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft vorgesehenen Schutzmaßnahmen (kodifizierter Text) [erste Lesung] (GA). 3

B-PUNKTE (Dok. 9581/15 OJ/CONS 32 ENV 386)

4. Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Verringerung der nationalen Emissionen bestimmter Luftschadstoffe und zur Änderung der Richtlinie 2003/35/EG [erste Lesung] 4
6. Sonstiges 5
 - (a) Aktueller Gesetzgebungsvorschlag
 - Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über die Errichtung und die Funktionsweise einer Marktstabilitätsreserve für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten in der Union und zur Änderung der Richtlinie 2003/87/EG [erste Lesung]

*

* *

¹ Beratungen über Gesetzgebungsakte der Union (Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union), sonstige öffentliche Beratungen und öffentliche Aussprachen (Artikel 8 der Geschäftsordnung des Rates).

BERATUNGEN ÜBER GESETZGEBUNGSAKTE

(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)

A-PUNKTE

1. Entwurf eines Standpunkts des Rates in erster Lesung im Hinblick auf den Erlass einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 515/97 des Rates über die gegenseitige Amtshilfe zwischen Verwaltungsbehörden der Mitgliedstaaten und die Zusammenarbeit dieser Behörden mit der Kommission im Hinblick auf die ordnungsgemäße Anwendung der Zoll- und der Agrarregelung [erste Lesung] (GA)

= Annahme

- a) des Standpunkts des Rates in erster Lesung
- b) der Begründung des Rates

9582/1/15 REV 1 CODEC 830 UD 138 AGRI 308 ENFOCUSTOM 50
8257/15 UD 93 AGRI 217 ENFOCUSTOM 33 CODEC 585

+ COR 1

+ ADD 1

+ REV 1 (It)

+ REV 2 (el)

vom AStV (1. Teil) am 10.6.2015 gebilligt

Der Rat legte seinen Standpunkt in erster Lesung gemäß Artikel 294 Absatz 5 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union bei Stimmenthaltung der spanischen Delegation und gegen die Stimme der deutschen und der österreichischen Delegation fest. (Rechtsgrundlage: Artikel 33 und Artikel 325 AEUV)

2. Entwurf einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die im Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft vorgesehenen Schutzmaßnahmen (kodifizierter Text) [erste Lesung] (GA)

= Annahme des Gesetzgebungsakts

9577/15 CODEC 827 CODIF 71 ECO 68 INST 189 MI 371

PE-CONS 23/15 CODIF 48 ECO 44 INST 112 MI 233 CODEC 521

vom AStV (2. Teil) am 12.6.2015 gebilligt

Der Rat billigte den Standpunkt des Europäischen Parlaments in erster Lesung, und der vorgeschlagene Rechtsakt wurde gemäß Artikel 294 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union erlassen. (Rechtsgrundlage: Artikel 207 Absatz 2 AEUV)

4. **Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Verringerung der nationalen Emissionen bestimmter Luftschadstoffe und zur Änderung der Richtlinie 2003/35/EG [erste Lesung]**

Interinstitutionelles Dossier: 2013/0443 (COD)

– Orientierungsaussprache

18167/13 ENV 1235 ENER 600 IND 388 TRANS 693 ENT 356 SAN 555

PARLNAT 325 CODEC 3086

+ ADD 1

+ ADD 6

9247/15 ENV 346 ENER 203 IND 87 TRANS 177 ENT 96 SAN 157

PARLNAT 55 CODEC 777

Der Rat führte eine Orientierungsaussprache über die vorgeschlagene Richtlinie zur Verringerung der nationalen Emissionen bestimmter Luftschadstoffe, die Teil des Programms "Saubere Luft für Europa" ist. In dem Kommissionsvorschlag werden Ziele für die Verringerung der Emissionen vorgegeben, mit denen die Zahl der vorzeitigen Todesfälle bis 2030 um 50 % gesenkt werden sollen. Die Minister können diese Zielsetzung zwar grundsätzlich unterstützen, eine Mehrheit forderte jedoch realistischere und realisierbare Verpflichtungen.

Insbesondere wiesen einige Mitgliedstaaten auf technische Aspekte und die Notwendigkeit hin, die Auswirkungen des Vorschlags und die Datenabweichungen bei bestimmten Sektoren gegenüber der Analyse der Kommission weiter zu bewerten, andere Mitgliedstaaten hoben die Schwierigkeiten hervor, die sich bei der Verringerung der Emissionen bestimmter Schadstoffe und/oder in bestimmten Sektoren stellten. Viele Mitgliedstaaten sind der Auffassung, dass die Emissionsverringerungsziele nicht realistisch genug seien, insbesondere nicht für Staub- und Ammoniakemissionen, und/oder zu nahe an den technisch durchführbaren maximalen Verringerungen lägen.

Als mögliche Lösungen nannten die Minister unter anderem die Einführung eines Flexibilitätsmechanismus zur Änderung der Ziele im Falle unvorhergesehener langfristiger Entwicklungen im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Lage (einschließlich des Agrarsektors) oder der Entwicklung des Energiemix (Heizung von Privathaushalten/städtische Gebiete). Einige Minister möchten, dass die Ziele für 2030 vorerst unverbindlich sein sollten und 2020 dann überprüft werden könnten. Andere Minister möchten jedoch unbedingt verbindliche Ziele vorsehen und warnten, dass zu viel Flexibilität das Erreichen der Ziele der Richtlinie gefährden könnte.

Eine Mehrheit von Mitgliedstaaten begrüßte den Vorschlag, Methan nicht in den Anwendungsbereich der Richtlinie einzuschließen, wie dies der derzeitige Kompromisstext des Vorsitzes vorsieht. Damit wurde Bedenken in Bezug auf mögliche Überschneidungen mit Verpflichtungen im Zusammenhang mit den Zielvorgaben für die Minderung der Treibhausgasemissionen Rechnung getragen.

Die Kommission wies darauf hin, dass Methan in den Geltungsbereich des Vorschlags einbezogen bleiben müsste. Sie werde bei der Suche nach einer Lösung der in der Aussprache aufgeworfenen Fragen behilflich sein, solange Änderungen sektorenübergreifend gelten würden und die ehrgeizige Zielsetzung des Vorschlags nicht geschmälert werde. Der Vorsitz unterstützte die Kommission in letzterem Punkt, erinnerte jedoch daran, dass die Ziele realistisch und realisierbar sein müssten. Schriftliche Beiträge zu der Aussprache sind in Dokument 9930/15 enthalten.

6. Sonstiges

d) **Aktueller Gesetzgebungsvorschlag:**

(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)

- **Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über die Errichtung und die Funktionsweise einer Marktstabilitätsreserve für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten in der Union und zur Änderung der Richtlinie 2003/87/EG**
[erste Lesung]

Interinstitutionelles Dossier: 2014/0011 (COD)

– Informationen des Vorsitzes

Der Rat nahm die Informationen des Vorsitzes zu der vorläufigen Einigung mit dem Europäischen Parlament zur Kenntnis.

Die polnische Delegation, die von der erzielten Einigung enttäuscht ist, teilte mit, dass sie bei der förmlichen Annahme eine Erklärung abgeben werde.
